

Dresdner Volkszeitung

Herausgeber: Dresden, No. 1288.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Kontakto: Red. Urzholz, Dresden.

Abonnement: einschließlich Frangierlohn monatlich 6,00 M. durch die Post monatlich 18,00 M., unter Abzug für Deutschland monatlich 8,50 M. Einzelnummer 30 Pf.

Schriftleitung: Sternweg 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Sternweg 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die Originalen Nonpareilzeile 2,00 M. Familienanzeigen 1,50 M., die Sozialisten Zeitschriften 0,50 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im Voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Preisüberlegung 40 Pf.

Nr. 95

Dresden, Montag den 25. April 1921

32. Jahrg.

Ententekonferenzen über die Zwangsmaßnahmen

Briss und Lloyd George, die in London zusammengetroffen sind, besprachen am Sonnabend nachmittag die Entente in formeller Weise die von Frankreich vorgeschlagenen Sanktionen und auch die deutsche Note. Am Abend wurde die Besprechung fortgesetzt.

Lloyd George für Mäßigung

Paris, 25. April. In der Besprechung sagte Lloyd George, daß man auch der amerikanischen öffentlichen Meinung Rechnung tragen müsse. Grundsätzlich sei die Stimmung in den Vereinigten Staaten die Alliierten günstig. Wenn man Deutschland gegenüber allzu streng aufträte, ließe man Gefahr, diese Haltung der Alliierten in ihr Gegenteil zu verkehren. Es sei deshalb ratsam, noch einmal zu versuchen, die Deutschen zu gereinigten Vorschlägen zu veranlassen.

Weiter wird aus London gemeldet: In englischen Kreisen ist man der Ansicht, daß selbst wenn das Ergebnis besagt, daß es sich nur um eine vorübergehende Maßnahme handeln wird. Auch vertrete Lloyd George die Ansicht, daß er zwar die Ansprüche Frankreichs anerkenne, daß man aber auch Rücksicht auf die Wünsche der deutschen Regierung nehmen müsse. Nach einer Stellung der Sabotageagentur scheint aber die Haltung dieser persönlichen Haltung nicht geneigt zu sein.

Es wird bekannt, daß Asquith, Barnes und Lord Robert Cecil einen gemeinschaftlichen Brief an Lloyd George geschrieben haben, in dem sie ihn bitten, mit der Forderung des Ruhrgebietes nicht zurückzugeben zu erklären. Es wird hier immer wieder betont, daß es sich zunächst darum handelt, von Deutschland die Zahlung der zum 23. März geforderten 10 Milliarden Goldmark zu verlangen und danach ein Programm zur Zahlung des Restes der 11 Milliarden zu entwerfen.

Die Spannung in Paris

Paris, 25. April. In Paris ist die nächste Aufmerksamkeit die deutschen Vorschläge aus Amerika, die häufig gemeldet werden, geschenkt. Die Alliierten weisen darauf hin, daß Frankreich sich berechnen muß, wenn es durch neuerliche Vorschläge der Verhandlungen von Hause zu beeinflussen sucht. Lloyd George hat die Verhandlungen zwischen Briss und Lloyd George am Sonntag vormittag um 10.30 Uhr und dann nachmittags um 2 Uhr fortgesetzt, und bis jetzt nur Einzelheiten bekannt geworden. Lloyd George soll nach Änderung des Verstandes von Briss die Vorbehalte gemacht haben, in denen er darauf hinweist, daß die Alliierten Rechte auf gewisse Forderungen Rücksicht nehmen müssen. Die Unterredung des englischen Premierministers mit Lord Robert Cecil, dem Vertreter der englisch-französischen Allianz, am Sonntag morgen wird ebenfalls große Bedeutung beigegeben. Man betont, daß Lloyd George in seiner Ansicht mit dem Wunsch, auf Erfüllung der deutschen Verpflichtungen zu drängen, die französischen Standpunkte vollständig übernommen teil. Die englischen Experten haben gestern bis Mittwoch beraten. Man hat jetzt hier bekannt ist, will man englischerseits Deutschland aufsuchen, auf das Pariser Abkommen einzugehen. Frankreich würde man hierüber einwenden, daß Deutschland, das bei seiner Abkommen zurückbleibt, nunmehr neue Vorschläge zu unterbreiten habe oder daß es, falls es nachtrübsal die in Paris beschlossenen Differenzen annimmt, lediglich eine Sicherheit für die Erfüllung der Zahlungen leisten müsse.

Die deutschen Vorschläge

Paris, 25. April. Nach der Daily Mail weist eine französische folgende vier Punkte als die Grundzüge der neuen deutschen Vorschläge zu: 1. Angebot einer Summe, die weit über die in London angetragene hinausgeht; 2. Aufnahme einer internationalen Anleihe zur Zahlung der letzten Jahresrate; 3. Übernahme der Schulden der Alliierten an Amerika; 4. Zahlung eines Teiles des Gewinns der deutschen Industrie.

Die Unterredung in Hayhe

Paris, 25. April. Sowohl der diplomatische Ausschuss als der Sonderberichterhatter des Chicago Tribuns in Hayhe berichten, daß die Unterredungen in Hayhe zu keinem Abkommen zwischen den Staaten an den nächsten Sitzungen des obersten Rates in Paris als sicher angesehen, und zwar wird als Vertreter der amerikanischen Vorkämpfer in Paris auch der frühere Vertreter Amerikas in der Reparationskommission, Gordon, genannt. Der Chicago Tribuns aus Washington gemeldet wird, daß die Beschlüsse des Senatsausschusses für auswärtige Angelegenheiten über die Resolution Anker im nächsten Jahre bestätigt werden. Die Unterredung hierüber findet morgen statt. Nach einem Kabeltelegramm des Chicago Tribuns aus Hayhe ist die amerikanische Ausgabe im März um 100 Millionen Dollar gegen den Rest zu stellen. Die Beiträge insgesamt betragen gegen 200 Millionen im März u. A. Die Gesamtzahl hat auf 250 von 200 Millionen im März u. A. Die Gesamtzahl betrug 100 Millionen Dollar, die Goldausgabe 700 000 000.

Die Vereinbarungen von Hayhe

Paris, 25. April. Vertman sagt das Ergebnis der Vereinbarungen von Hayhe folgenbermaßen zusammen: 1. Lloyd George ist grundsätzlich zugestimmt, daß die Forderung des Ruhrgebietes ausgeführt werde, wenn die Vorschläge, die Deutschland

an Amerika übermitteln habe, zu keinem Einverständnis zwischen dem Reich und den Verbündeten führten; 2. Lloyd George stimmte ferner zu, daß ohne Verzug die französischen und englischen wirtschaftlichen Sachverständigen zusammenzutreten, um die wirtschaftlichen Maßnahmen, die von den französischen Sachverständigen ausgearbeitet wurden, zu prüfen. Vertman sagt: Lloyd George hat keine Minute länger daran geglaubt, daß die Forderung zu lösen. Sie hätten also nach ihrer vollen Handlungsfreiheit. Dieser Punkt sei um so wichtiger, als die Engländer für Frankreich zu einer militärischen Expedition erst ansetzen wollten, wenn die wirtschaftlichen und finanziellen Probleme ihrem Urteil unrettbar und in praktischer Weise gelöst worden seien.

Die Antwort lautet, ist von Lloyd George auch die Besetzung Hamburgs vorgeschlagen worden. Man glaubt aber, daß die Besetzung der Röhre für die Seetransporte erst im Juni in Betracht komme.

Schöppe Müller berichtet dem Zeit Verfall aus London, es handle sich bei dem, was gestern in Hayhe besprochen wurde, nur um eine bedingungsweise Verständigung. Das britische Einverständnis (Seine vollständig von zwei Bedingungen abhängig, 1. daß die neuen deutschen Vorschläge ebenso wenig befriedigend sind wie die früheren, und 2. daß die von der französischen Regierung gegenüber Deutschland vorgeschlagenen wirtschaftlichen Maßnahmen einer ersten Prüfung stand halten könnten. Darauf ergab sich auch der Beschluß, dass man morgen an die Alliierten Sachverständigen zusammenzutreten, damit sie prüfen und wenn nötig ändern, was von Frankreich vorgeschlagen wurde, bevor der Oberste Rat am 30. April zusammentritt.

Nach Verfall aus Hayhe ist der Bericht der englischen Vorkämpfer gegen gewisse Zwangsmaßnahmen, die gegen Deutschland ergriffen werden sollen, nicht nur von W. u. H. Cecil und Barnes, sondern auch von Henderson, Lloyd und noch einigen anderen bekannten Politikern unterstützt.

Günstige Aussichten für die deutsche Note?

Eigene Drahtmeldung. Paris, 25. April. Ein Kurier aus Neuport meldet das Eintreffen der neuen deutschen Note in Neuport. Während Harding und Hughes wollen die Note prüfen, ob sie geeignet ist, an die Alliierten weiterzugeben zu werden. Bevor Deutschland die Antwort erteilt werden ist, soll den Alliierten Vorkämpfern keinerlei Mitteilung gemacht werden. Im Falle ihrer Ablehnung wird die Mitteilung gehalten, daß der Vorkämpfer der Ansicht ist, daß diese Vorschläge geeignete Grundlagen für neue Verhandlungen bilden können. In offiziellen Kreisen bezieht man die Frage optimistisch.

Englands Beteiligung an der Besetzung des Ruhrgebietes

Eigene Drahtmeldung. London, 25. April. Das Reichstag der Konferenz zwischen Lloyd George und Briss wird mit wenigen Worten dahin zusammengefasst: Deutschland werde noch eine weitere Zeit gemindert werden, innerhalb deren man die neuen deutschen Vorschläge abwarten werde. Es handelt sich dabei nicht um eine Zeitspanne über den 1. Mai hinaus, aber am letzten Tage der Friedensvertrag vorzulegen sein, am 30. April, soll der Oberste Rat zusammentreten, um darüber Bescheid zu wissen, ob der bis dahin von deutscher Seite vorgelegte Vorschlag den Alliierten genügt oder nicht. Wenn es zu einer Occupation des Ruhrgebietes kommen sollte, wird eine ganz kleine Abteilung englische Kavallerie abgeordnet, haben diese die englische Fahne an die Spitze zu setzen, um die Einigkeit zwischen den Alliierten zu demonstrieren.

Englische Stimmen über die Besetzung des Ruhrgebietes

London, 25. April. Der Oberste Rat der Besetzung des Ruhrgebietes dürfte den englischen Handel weiter lähmen und die Lösung der Arbeitslosenfrage in England verzögern. Die gesamte Leistungsfähigkeit Deutschlands würde dadurch beeinträchtigt werden. Bei den Franzosen gebe die Forderung, daß Deutschland das Ruhrgebiet abgeben solle, noch in demselben Maße, das deutsche Wirtschafts- und Handelsleben zu dem Verfall zu bringen. England fordert die Vollziehung einer Grundbesitz von 7 Tagen nach dem 1. Mai und wünscht, daß Deutschland aufgegeben werde, in 8 Tagen sein äußerster Widerstand zu machen.

Conrad schreibt: Briss und die französische Regierung haben über einen Vorschlag, die Besetzung des Ruhrgebietes gegen Deutschland auszusprechen, und hätten die Schritte beantragt und einen wichtigen Punkt durch den sie erreicht hätten. Frankreich habe das höchste Recht der Welt inne und kann mit der Ruhrfrage in keinem Falle einen Zusammenhang mit der Position des Reiches aufnehmen außer dem durch die Position des Reiches selbst. Die Besetzung des Ruhrgebietes ist ein Schritt, der in einem anderen Sinne die Duldung des Ruhrgebietes bedeutet, daß die Besetzung des Ruhrgebietes ein Schritt ist, der in einem anderen Sinne die Duldung des Ruhrgebietes bedeutet, daß die Besetzung des Ruhrgebietes ein Schritt ist, der in einem anderen Sinne die Duldung des Ruhrgebietes bedeutet.

Niederösterreichische Landtagswahlen

Wien, 25. April. Bei den gestern abgehaltenen Landtagswahlen wurden 86 Christlichsozialen, 22 Sozialdemokraten und 6 Großdeutsche gewählt.

Schiffenfahrt

In der Politik hat man schon manchmal die Erfahrung machen können, daß manches, was sehr ungeschickt angefangen wurde, schließlich doch ein gutes Ende nahm. Nur aus dieser Erfahrung läßt sich heute noch die Hoffnung schöpfen, daß die Schiffenfahrt durch die Klippen, auf der sich jetzt das deutsche Reichschiff befindet, schließlich doch mit einer rettenden Landung enden wird.

Nachdem die Regierung Lehndach-Simons im Einverständnis mit dem ganzen Reichstag die Pariser Beschlüsse als undurchführbar zurückgewiesen, nachdem sie erklärt hatte, sie würde nach Eintritt der betragensmäßigen Sanktionen keine weiteren Vorschläge machen, mußte es überraschend wirken, daß Dr. Simons wenige Wochen darauf in der französischen Presse neue Vorschläge ankündigte. Die Ueberraschung hierüber war nirgends so groß wie im auswärtigen Amt, wo man auf diesen Schritt des Chefs gar nicht vorbereitet war und keinerlei Vorarbeiten für neue Vorschläge gemacht hatte. Es kamen nun die Wochen der geheimen Beratungen im Kabinett, die unter dem Druck ständig gesteigerter feindlicher Drohungen standen, und das Ergebnis waren die halben Reparationsvorschläge an die Entente — der Wiederaufbau — und die auf Gänze gehende Bitte an Harding, das Schiedsrichteramt zu übernehmen, wobei bedingungslos Unterwerfung unter den Schiedsspruch zugesichert wurde.

Kein Mensch konnte etwas anderes erwarten, als daß Harding das Schiedsrichteramt ablehnen würde und daß es dadurch notwendig werden würde, neue Vorschläge zu machen. Insofern ist die selbstverständliche Antwort Harding die Regierung wie eine vollständige Uebertreibung zu treffen. Es stellte sich jetzt heraus, daß die Regierung selbst in diesem Augenblick noch keine völlig fertigen Vorschläge in der Hand hatte, und die Abwendung der Antwortnote verzögerte sich in so betrüblicher Weise, daß es hierüber keine zu einer Regierungskrise gekommen wäre. Der Reichstag war für Sonnabend, 3 Uhr nachmittags, zu einer Sitzung geladen, in der er die Mittelungen der Regierung über ihre Vorschläge entgegennehmen sollte, aber in dieser Sitzung mußte der arme Herr Lehndach erklären, daß die Regierung noch immer nicht fertig sei.

Man kann also mit dem besten Willen der Welt nicht behaupten, daß sich die Regierung als Weiskerin in der Politik gezeigt hätte, durch moralische Wirkungen die Anwartschaft der Gegner zu erschüttern. Aber das letzte Wort ist noch nicht gesprochen, und es besteht die Hoffnung, daß die Unausführbarkeit auf der einen Seite vielleicht noch größer sein könnten, als auf der anderen.

In Berlin wurde am letzten Freitag von verschiedenen Seiten die Nachricht verbreitet, daß Frankreich mit Polen ein Militärabkommen abgeschlossen habe, das die Besetzung Deutschlands im Osten bis nach Kottbus vorsehe. Vielleicht ist diese Nachricht nur in die Welt gesetzt worden, um auf die Beratungen des Reichskabinetts einen desto stärkeren Druck auszuüben — wenn sie aber richtig sein sollte, so müßten der Welt doch endlich die Augen darüber aufgehen, zu welchen Zielen die französische Vernichtungspolitik hinführt, und man dürfte immer noch optimistisch genug sein, zu hoffen, daß derartige auf die drittige Fortsetzung Deutschlands hinzielende Pläne nicht die Zustimmung der Gesamtentente finden, vielmehr die Regierung, den Konflikt statt durch Gewalt durch Verhandlung zu lösen, bestreben werden.

In Frankreich scheint es heute allerdings nur zwei Richtungen zu geben: Die eine, der die behauptete Nichterfüllung des Vertrags durch Deutschland nur der längst gefasste Vorwand ist, um längst gehegte Vernichtungspläne zu verwirklichen, und die andere, die durch ein Trommelfieber von Drohungen die Annahme der Pariser Beschlüsse durch Deutschland erzwingen will. Aus der Haltung Frankreichs gewinnt man den Eindruck, als ob die Annahme der Pariser Beschlüsse der Mindestpreis sei, den Deutschland zahlen müsse, um vielleicht doch noch den angebotenen Gewaltmaßnahmen zu entgehen.

In den anderen Ententeländern wird man sich aber vielleicht doch nicht ganz der Erkenntnis verschließen, daß dies eine ganz fürchterliche Zumutung an Deutschland ist, nachdem dieses einmütig bis zu den Unabhängigen und Kommunisten hinter die Pariser Beschlüsse als unauflösbar zurückgewiesen hat. Man wird sich dort vielleicht dem Gedanken nicht ganz unzugänglich zeigen, daß Frankreich auch auf anderem Wege erlangen werden kann, was es durch die Annahme der Pariser Beschlüsse erreichen zu können glaubt, man wird dort vielleicht bereit sein, einen Weg suchen zu helfen, auf dem Frankreich befriedigt, Deutschland aber vor dem, was ihm an den Pariser Beschlüssen am unerträglichsten scheint, bewahrt werden kann.

Daß Deutschland den drohenden Gewaltmaßnahmen nicht ohne unehrenhafte Opfer entgehen kann, ist keine Frage. Sollten diese Opfer nicht gebracht werden sollen, dann hätte eben der Krieg nicht begonnen und nicht verloren werden dürfen. Eben jetzt acht aus Mitteilungen der englischen Presse, die von der Berliner Wochenschrift übernommen wurden, hervor, daß Wilhelm II. im Falle eines deutschen Sieges von Amerika (!) dreißig Milliarden Dollar, von Frankreich fünfzig Milliarden Dollar, von England nicht geringere Leistungen verlangen würde. Fünfzig Milliarden Dollar sind zweihundert Milliarden Goldmark, also ungefähr das